

Pressekontakt:

BUND Odenwald, Harald Hoppe - 06163 912174

Bilder zum Abdruck im Zusammenhang mit dieser Pressemitteilung freigegeben

## **14.10.18 - Pressemitteilung 2018-21:**

### **Brombachtaler Bebauungsplan wird verschlechtert**

Die Gemeindevertretung von Brombachtal setzt ihre unrühmliche Praxis fort, entgegen der üblichen Planungspraxis den Umwelt- und Naturschutz bei der Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes zu ignorieren.

Seit Jahren versucht die Gemeinde Brombachtal ein neues Baugebiet an der Hochstraße in Langen-Brombach auszuweisen. In der vergangenen Woche endete die öffentliche Auslage des Planes, der BUND hat sich mit einer Stellungnahme daran beteiligt. Die 1,4ha große Fläche liegt – weithin sichtbar – am nördlichen Ortsrand und wird derzeit als Mähweide zur Heugewinnung genutzt. Bereits 2015 war die Gemeinde mit einer Planung an die Öffentlichkeit gegangen und hatte sich damals umfangreiche Stellungnahmen seitens des Naturschutzes eingehandelt. Infolge der Änderung des Baugesetzbuches (BauGB) im Vorjahr wurde die bisherige Vorgehensweise fallen gelassen. Das gesamte Planverfahren wurde gestoppt und unter neuem Etikett 'vereinfachtes Verfahren' neu gestartet. Alleiniges Ziel dieses Manövers: die Gemeinde möchte Forderungen des Naturschutzes nach Ausgleich der Naturzerstörung abwehren.

Mit der BauGB-Novelle 2017 wurde dieses Verfahren bekanntlich gegen den einstimmigen Widerspruch des Naturschutzes mit den Stimmen von CDU und SPD im Eilverfahren durch den Bundestag gebracht und macht es möglich, neue Baugebiete 'im direkten Anschluss an bestehende Siedlungsflächen' auszuweisen. Ein naturschutzrechtlicher Ausgleich für die neuen Siedlungsflächen wird nicht erforderlich. Die Bundesregierung hat mit diesem Instrument eine Abkehr vom europäischen Umwelt- und Naturschutzrecht eingeleitet und ihre Absicht durchgesetzt, Natur- und Umweltschutzvorschriften künftig völlig zu beseitigen.

Die Gemeinde Brombachtal darf nun für sich in Anspruch nehmen, diesem Abbau von Umweltstandards im Odenwaldkreis als erste ein Aktionsfeld zu geben. BUND-Sprecher Harald Hoppe: "Nachdem die Gemeinde Brombachtal 2015 die Anforderungen des Umwelt- und Naturschutzes ausgelotet hatte, kam man 2017 zu dem Schluss, sich dieser Verpflichtungen lieber billig zu entziehen. Die Parlamentarier lassen damit erkennen, dass sie mit Umwelt- und Naturschutz nichts zu tun haben wollen. Aus dem Bauausschuss wird berichtet, dass dies von den Parlamentariern auch explizit so gewollt ist. Brombachtal wird damit führend im Abbau des Umweltschutzes im Odenwaldkreis."

Die Anforderungen, denen man sich jetzt entzieht, bestehen in der Ausweisung von Ausgleichsflächen im Plan, für die die Gemeinde die Durchführung zu übernehmen hat. Der jetzt veröffentlichte Planentwurf sieht zwar auf den Baugrundstücken Pflanzflächen am Ortsrand vor, aber diese Regeln werden in Brombachtal – wie im Odenwaldkreis allgemein – nicht eingehalten.

Der pikante Beweis: Im Plangebiet liegt eine etwa 3.300m<sup>2</sup> große Fläche, die vor 25 Jahren im Zuge der Genehmigung eines Reitbetriebes als Streuobstwiese angelegt, mit Bäumen bepflanzt und entsprechend gepflegt werden sollte. Für den Odenwald und Brombachtal selbstverständlich ist von dieser Bestimmung bis zum Jahr 2018 nichts realisiert worden. Der Empfänger der Baugenehmigung von 1993 lacht sich ins Fäustchen, das Gemeindeparlament schaut zu und die Behörden ducken sich weg.

Der BUND-Odenwald fordert das Gemeindeparlament von Brombachtal auf, von der neuen umweltfrevlerischen Planung Abstand zu nehmen. Hoppe: „Die Möglichkeit des neuen Umweltfrevler-Verfahrens ist kein Muss – sie kann angewendet werden. Politische Menschen, die etwas für die Natur bewirken wollen, sollten sich dafür nicht hergeben. Wer dieser Planung seine Zustimmung gibt, bekundet seine Ignoranz gegenüber Natur und Umwelt. Ignoranten sind aber kaum die besseren Politiker.“



Der BUND hat der Planung sein BUND-BauGB-Siegel in der Stufe G verliehen. Die Planung erreicht auf der zehnteiligen Skala damit nur die niedrigste Stufe - sie ist also deutlich mangelhaft. In der Vorläuferversion erreichte das Planwert noch die nächsthöhere Stufe. Mit dem Weglassen aller umweltschutzrelevanten Aspekte fällt die Planung jedoch auf einen Rekordtiefstand ab. Die Gemeinde kauft für teures Geld eine Planung ein, die im Umweltbereich an die 50-er Jahre des vorigen Jahrhunderts anknüpft.